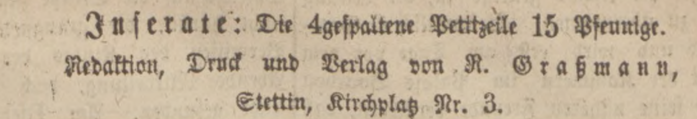
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 14. Mai 1879. Nr. 222

## Deutschland.

** **Berlin**, 13. Mai. Gestern Nachmittag traten die Ausschüsse des Bundesrathes für Zoll- und Steuerwesen und für Justizwesen zu einer Sitzung zusammen, um über den Gesetzentwurf betreffend eine provisorische Erhebung von Zöllen zu berathen.

Ueber die Ausarbeitung eines Reichs-Viehseuchengesetzes erfährt man, daß die damit beauftragte Kommission vom 1. bis 5. Mai Sitzungen abgehalten und einige Aenderungen an dem ihr vorgelegten Entwurf vorgenommen hat, in Betreff welcher zur Zeit Erwägungen stattfinden, inwieweit sie, bevor der Entwurf dem Bundesrath übergeben wird, definitiv beizubehalten sind.

Die Nachricht, daß der besondere Bundesraths-Ausschuß für Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes zur Regelung des Gütertarifwesens auf Eisenbahnen heute seine Sitzungen begonnen habe, ist falsch. Die Berathung hat, wie ich auch bereits gemeldet habe, am 9. Mai ihren Anfang genommen. Die Kommission hatte sich nur für zwei Tage mit Rücksicht auf die Plenar-Sitzungen des Bundesrathes vertagt.

Unter Aufhebung aller entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere der Ausführungs-Bestimmungen vom 4. Juli 1873 zu dem Gesetze vom 30. Juni desselben Jahres betreffend die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen an die Offiziere und Aerzte des deutschen Reichsheeres sind durch eine Verfügung des Kriegsministers vom 1. Mai dieses Jahres hinsichtlich des Bezuges der Zuschüsse bei den Kommandos neue Bestimmungen erlassen. Ferner wird zur Beseitigung von Zweifeln ausgeführt, daß den Offizieren, welche aus dem Beurlaubtenstande in den Friedensstand aufgenommen worden, nach § 6 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Mai 1878 für die Reise zum Antritt des Dienstes die verordnungsmäßigen Reisekosten und Tagegelder ohne Weiteres zustehen.

Das Regulativ vom 8. Januar 1873, welches die Vorschriften über die Ausbildung für den Försterdienst enthält, entspricht nicht mehr den Anforderungen des Dienstverhältnisses, in welches diejenigen eintreten, welche sich der Forstlaufbahn widmen. Außerdem steht es nicht mehr in Uebereinstimmung mit der neuen Militärgesetzgebung, namentlich nicht mit dem Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874. Es ist daher zwischen dem Kriegsminister und dem Finanzminister, zu dessen Geschäftskreis zu jener Zeit noch die Domänen und Forsten gehörten, eine Vereinbarung getroffen, welche zu einem neuen Regulativ vom 15. Februar 1879 geführt hat. Die wichtigsten Aenderungen bestehen in der Verschärfung der Bedingungen für den Eintritt in die Forstlaufbahn bezüglich des Alters, der nachzuweisenden Schulkenntnisse, der körperlichen Befähigung u. s. w. In einem Erlaß des Finanzministers sind die Regierungen und Landdrosteien mit den näheren Anweisungen versehen worden.

Ein hiesiges Blatt meldet, daß am 10. Mai bei allen Behörden eine Revision des Inventars stattgefunden hat, wie sie alljährlich stattfinde. Hier scheint ein Mißverständniß vorzuliegen. Der 10. Mai ist allerdings für die Behörden ein wichtiger Tag, aber nicht wegen einer etwaigen Revision des Inventars, sondern weil an diesem Tage der Finanzabschluß für alle verschiedenen Fonds stattfindet.

**Berlin**, 13. Mai. Se. Majestät der Kaiser ist seit gestern Urgroßvater. Die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen ist gestern Nachmittag 2½ Uhr in Potsdam von einer Tochter entbunden worden. Dem Kaiser wurde die Nachricht von dem glücklichen Ereigniß durch die Palastdame der Frau Kronprinzessin Gräfin Brühl, welche von Potsdam nach Berlin gekommen war, Nachmittags übermittelt. Heute traf der Erbprinz von Sachsen-Meiningen in Berlin ein und wurde Mittags vom Kaiser empfangen.

— Die „Nat.-Ztg." schreibt: Der Gesetzentwurf über die vorläufige Erhebung von Zöllen in Höhe des neuen Tarifentwurfs, welcher gestern im Bundesrathsausschuß für Zoll- und Steuerwesen mit unwesentlichen Modifikationen angenommen ist, und nach Gutheißung des Plenums voraussichtlich in einigen Tagen an den Reichstag gelangen wird, begegnet keiner besonders günstigen Beurtheilung.

Die „B. A. C." macht mit Recht darauf aufmerksam, daß es sich bei diesem sogenannten Sperrgesetz nicht blos um die vorläufige Inkraftsetzung solcher neuen Zölle und Zollerhöhungen, welche der gegenwärtig dem Reichstage vorliegende Tarifentwurf in Vorschlag bringt, handelt. Der Gesetzentwurf ist ganz allgemeiner Natur und soll für alle neuen Zölle und Zollerhöhungen gelten, die jetzt und in Zukunft durch irgend einen dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf beantragt werden. Weiter führt die genannte Korrespondenz aus:

„Es ist dieses Gesetz an sich kein Zollgesetz, sondern ein Gesetz betreffend die Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstages; insofern es die Berathungs- und Abstimmungsfristen für eine Vorlage, welche zur provisorischen Einführung von Aenderungen des Zolltarifs die Zustimmung des Reichstages fordert, durch einen Majoritätsbeschluß abzukürzen gestattet und das Haus in Bezug darauf von den Bestimmungen der bestehenden Geschäftsordnung entbindet. Zu einer solchen generellen Bestimmung liegt zur Zeit gar kein Anlaß vor, und deshalb können wir auch nicht annehmen, daß das Gesetz so, wie es vorgelegt worden ist, die Genehmigung des Reichstages erlangen wird. Nur bei einzelnen Artikeln, die durch den neuen Tarif mit einem höheren Zoll belegt werden sollen, z. B. beim Tabak, würde die Nothwendigkeit einer vorläufigen Inkraftsetzung der höheren Zollsätze vorliegen. Nicht aber darf ein für alle Mal statuirt werden, daß jede Zollerhöhung mit dem Besitzstand anfangen könne, daß z. B., während dem Reichstage eine Vorlage wegen Erhöhung der Getreidezölle vorliegt, diese Zölle sofort sollen erhoben werden können, wo doch in der Zwischenzeit eine Preissteigerung eintreten muß, die durch die nachträgliche Ablehnung der verlangten Zollerhöhung in ihren Wirkungen nicht wieder rückgängig gemacht werden kann. Der Umstand, daß die Geschäftsordnung, die doch zum Schutz der Minorität dienen soll, dieser ihrer Bestimmung durch das vorliegende Gesetz in Bezug auf Zolltarifvorlagen gänzlich entkleidet werden würde, mag hier nur nebenher in Erwägung gegeben werden."

Den nächsten Anlaß, eine derartige Ausnahmemaßregel überhaupt in Erwägung zu ziehen, hat die Tabaksteuervorlage geboten; es läßt sich ja auch nicht verkennen, daß es wünschenswerth ist, die fortgesetzte außergewöhnliche Tabakseinfuhr zu den gegenwärtigen niedrigen Zollsätzen bei der mit Wahrscheinlichkeit bevorstehenden bedeutenden Erhöhung derselben ungehindert fortbestehen zu lassen. Etwas Anderes ist es aber, wenn die in einem einzelnen Falle zweckmäßige und nicht unbillige Maßregel generalisirt werden soll.

In dieser Beziehung führt die „N. L. C." Folgendes aus:

„Der vorliegende generelle Entwurf giebt nicht einmal eine Garantie, daß die Regierung überhaupt den Tabak dabei im Auge hat. Dagegen eröffnet er andererseits die Möglichkeit, daß der Reichstag mit anderen Zöllen vermöge des einmal zugestandenen abgekürzten Verfahrens im vollsten Sinne des Wortes überrumpelt wird. Der Umstand, daß der provisorisch erhobene Zoll im Falle der späteren Nichtgenehmigung des definitiven Zolls zurückgezahlt werden soll, ist ein schlechter Trost. Auf diese Weise würde in den meisten Fällen dem Importeur der betreffenden Waare ein ganz unmotivirter Gewinn zugewendet werden, während die Kleinverkäufer und namentlich das kaufende Publikum die Geschädigten sein würden. Nehmen wir z. B. Petroleum. Die provisorische Erhebung des beabsichtigten Zolles wird zur unmittelbaren Wirkung eine entsprechende Steigerung des Preises haben. Gesetzt nun, der Petroleumzoll würde nach zwei Monaten definitiv abgelehnt — wie stellt man sich da die Möglichkeit vor, die Millionen von Konsumenten für den zu hoch gezahlten Preis zu entschädigen? Ueberhaupt aber — und das ist das Bedenklichste — würde die vorläufige Zulassung eines Zolles bezw. einer Zollerhöhung ein schwerwiegendes Präjudiz für die endgültige Abstimmung über die betreffende Position bilden, ein Präjudiz, welches die Gründlichkeit und Unbefangenheit der Berathung zum mindesten aufs Erheblichste beeinträchtigen müßte. Angenommen z. B., die Regierung träte während einer Sitzung mit dem Antrage auf provisorische Einführung der vorgeschlagenen Eisenzölle hervor und eine zufällige Majorität beschlösse die sofortige Berathung — wer will behaupten, daß die alsdann folgende gänzlich unvorbereitete Diskussion mit einer erschöpfenden Beleuchtung der Gründe für und wider geführt werden könnte? Dieselbe zufällige Majorität würde vielleicht eine Stunde später dem Antrage der Regierung ihre Zustimmung ertheilen, und so wären die Eisenzölle eine Thatsache, noch bevor eine ernste Debatte über sie stattgefunden. Nach alledem scheint uns unbestreitbar, daß der Reichstag auf die Vorlage so, wie sie jetzt liegt, nicht eingehen kann. Dazu kommt noch der formelle Umstand, daß die Vorlage — freilich gewiß nicht in böser Absicht — in die Autonomie des Reichstages eingreift, da angesichts des Art. 27 der Verfassung Aenderungen der Geschäftsordnung ohne Zweifel eine interne Angelegenheit des Reichstages ist. Schon aus dieser Rücksicht würde der Bundesrath gut thun, den Gesetzentwurf wesentlich umzugestalten. Gelingt es, ihm den Charakter ganz bestimmter konkreter Maßregeln zu geben und den Nachweis zu führen, daß dieselben einer gewinnsüchtigen Spekulation gegenüber nothwendig sind, so wird sich auch mit dem Reichstage eine Verständigung erreichen lassen."

— Die Mitglieder der morgen zu erwählenden Tarif-Kommission sind jetzt vollständig bekannt. Unter den seitens der nationalliberalen Partei zu nominirenden Mitgliedern war aus Versehen der Abg. Rickert ausgelassen. Von der deutschkonservativen Fraktion werden vorgeschlagen die Abgg. von Wedell-Malchow, Graf Stolberg-Rastenburg, von Seydewitz, Grützner. Der neunte konservative Abgeordnete ist nicht von den Deutsch-Konservativen, sondern von der deutschen Reichspartei zu ernennen; diese hat den Abg. Bowinkel nominirt.

— Wie s. Z. mitgetheilt wurde, hatte gelegentlich der Berathungen der bulgarischen Notablenversammlung über den Verfassungsentwurf der türkische Kommissar gegen die von der Versammlung beschlossene Erblichkeit der Fürstenwürde Einspruch erhoben. Dieser Einspruch ist bei der Unterzeichnung des Protokolls über die Fürstenwahl wiederholt worden. Die Pforte wies ihren Kommissar an, dieses Protokoll nur mit dem Vorbehalt zu unterzeichnen, daß die dem Fürsten durch die von der Nationalversammlung bestätigte Konstitution zugesicherten Erbrechte von der Pforte nicht anerkannt würden. Die „St. Peterburgskija Wedomosti" halten es für sehr wahrscheinlich, daß die Pforte sich nicht mit diesem Einwand begnügen werde, sondern daß vielmehr von ihr in dieser Sache bei den Signatarmächten ein formeller Protest eingereicht werden würde. Jedoch glaubt das Blatt, daß ein derartiger Protest der Pforte bei den Großmächten nicht auf Zustimmung rechnen dürfe. Wir haben s. Z. die Bedeutung des Artikels 3 des Berliner Vertrages, der von der Wahl des Fürsten von Bulgarien handelt, erläutert und nachgewiesen, daß der Berliner Vertrag, indem er das Gegentheil nicht ausdrücklich festgesetzt habe, der Notablenversammlung überlassen habe, in dem organischen Reglement des Fürstenthums die Erblichkeit der Fürstenwürde zu statuiren. In derselben Argumentation bewegt sich der Artikel des Petersburger Blattes, welches zum Schlusse bemerkt: „Der gegenwärtige Protest der Pforte wird dasselbe Schicksal haben, wie ihr Protest gegen die Vereinigung der Moldau und Wallachei zum Fürstenthum Rumänien, die trotzdem unter Zustimmung aller Signatarmächte des Pariser Vertrages von 1856 erfolgte."

— Frankreich hat eben eine anonyme, eine namenlose Regierung. Mit dieser Bemerkung glauben wir weder Herrn Grevy noch Herrn Waddington, noch einem anderen der Staatsmänner zu nahe zu treten, welche die Verwaltung Frankreichs führen. Aber das was man politisch einen Namen heißt, eine Persönlichkeit, die für die große Masse schon in sich eine zweifellose und unverkennbare Verkörperung irgend einer bestimmt ausgeprägten Idee ist, das existirt dort nicht. Napoleon III., Gambetta, Thiers, Mac Mahon, was diese Namen sagen sollten, das verstand man ohne Kommentar bis in die französischen Hütten hinein. Ein Bürgerpräsident, von dem man nichts weiß, als daß er ein tüchtiger Advokat und ein trefflicher Kammerpräsident war, ist in seiner Einfachheit und im Mangel jeden historischen Glanzes das Ideal eines republikanischen Magistrates. Aber für dieses Modell des unpersönlichen Regimentes ist Frankreich nicht gemacht. Wir fürchten, daß wir nicht zu schwarz sehen, wenn wir ernste Gefahren für die jetzige Regierung konstatiren. Der schlagfertige Emile de Girardin hat für die neueste Phase französischer Zustände den Namen „der ministerielle Krach" erdacht. Wir möchten das, was eben in Paris vorgeht, lieber mit dem trivialen Wort: „aus dem Leim gehen" bezeichnen. So sagt man bekanntlich von einem Tischlerwerkstück, das ohne besondere äußere Gewalt, nur durch das stille Auseinanderstreben der mangelhaft gefügten Theile seiner Zerstörung entgegengeht.

Die Ministerkrisis ist in Frankreich da und in einer Gestalt, die sie als eine innere Krankheit des Staatswesens, nicht als eine vorübergehende Erscheinung kennzeichnet. Ohne jedes parlamentarische Abenteuer, ohne irgend einen sichtbaren Ansturm der öffentlichen Meinung finden die verschiedenen Elemente, welche die Verwaltung eben bilden, daß sie nicht mehr zusammengehen können. Es ist noch nicht einmal die inhaltschwere Frage der Verlegung der Kammern nach Paris, was die Uneinigkeit hervorruft. Der gemäßigte Theil des Kabinets hat auch dieser radikalen Forderung sich gefügt. Bei dem bescheidenen Verlangen, die so nach Paris rückgewanderten gesetzgebenden Versammlungen gegenüber der Gewalt des Stadthauses in ihrer Stellung zu sichern, ist der helle Konflikt ausgebrochen. Drei Mitglieder, die Herren Waddington, Léon Sai und Le Royer wollen diese Garantien alsbald genommen wissen, drei andere Mitglieder, darunter die Herren de Freycinet und Ferry, die Spezialfreunde Gambetta's, erachten die Garantien für an sich gut, aber im Augenblick inopportun. Der Minister des Innern Lepère aber ist weder für das Prinzip noch für die Opportunität. Auf dem Pariser Stadthause, in der dortigen Gemeindevertretung herrscht der Radikalismus unbedingt, sein Einfluß ist im Vordringen und der Streit um diese „Garantien" erhitzt die Gemüther mehr als es die Fortdauer des Tagens der Kammern in Versailles thun würde. Die konservativen Republikaner haben sich, indem sie die Rückkehr von Versailles überhaupt zuließen, auf die schiefe Ebene begeben, die sie jetzt sichtbar heruntergleiten. Ihre Stellung ist vor Allem unlogisch: Eine Regierung, die Garantien gegenüber einer städtischen Versammlung haben will, befindet sich schon in einem bedenklichen inneren Widerspruch, ja eine unwillkürliche Komik mischt sich ein; das kann ihren Gegnern nicht entgehen und sie machen selbstverständlich den lebhaftesten Gebrauch davon.

Wo soll sich unter diesen Verhältnissen der konservative Widerstand sammeln? Die monarchischen Parteien setzen ihre stille oder laute Opposition fort, die Radikalen treiben sich in ihren verschiedenen Schattirungen wie ein Keil den anderen. Herr Grevy soll eine mittlere Stellung halten; eine volksthümliche Persönlichkeit, die in der öffentlichen Meinung etwas bedeutet, ist er nicht; als ein energisch durchgreifender Mann hat er sich noch nicht erwiesen. Der französische gesunde Menschenverstand aber, den wir wiederholt rühmen konnten, scheint sich zu verschleiern.

## Ausland.

**Paris**, 11. Mai. Wie bereits mitgetheilt, ist es ungenau, daß die für unvermeidlich gehaltene Ministerkrisis seit gestern ausgebrochen ist, obgleich die Oppositionspresse dies auch heute Abend noch mit Entschiedenheit behauptet. Wenn aber der „Temps" versichert, es sei bestimmt anzunehmen, daß die Minister sich über die Frage der „Garantiegesetze" wie über alle anderen vorliegenden Fragen einigen würden, so dürfte man gut thun, diese zu optimistische Anschauung nicht zu theilen. Man kann zwar vorhersagen, daß das Kabinet Waddington am Donnerstag in seiner Gesammtheit vor der Deputirtenkammer erscheinen und auch den Versuch machen wird, sogleich in den ersten Tagen ein Vertrauensvotum zu erlangen. Daß dieser Versuch gelingen wird, bezweifelt man aber sogar in den ministeriellen Kreisen, wenngleich man nach wie vor überzeugt ist, daß die Majorität der Kammer in der Blanqui-Frage den Standpunkt der Regierung adoptiren und die Wahl des Gefangenen von Clairvaux für ungültig erklären wird. Es ist nun einmal Thatsache, daß in den parlamentarischen Kreisen, wie überhaupt in der öffentlichen Meinung eine dem Kabinet Waddington feindliche Strömung existirt, und es ist gewiß bedauerlich, daß dem so ist und daß ein „ministère des honnêtes gens", als welches das von Herrn Waddington geleitete Ministerium sicherlich bezeichnet werden muß, nicht die Kraft besitzt, den Angriffen von rechts und links zu widerstehen. Herr von Girardin, der nach Kräften dazu beigetragen hat, das Kabinet zu schwächen, betitelt heute Abend seinen Leitartikel in der „France" „der ministerielle Krach" und proklamirt in demselben auf's Neue die dringende, unabweis-

liche Nothwendigkeit eines Ministeriums Gambetta, obgleich er weiß, daß der Präsident der Deputirtenkammer weniger als jemals geneigt ist, die Leitung der Geschäfte zu übernehmen. Bekanntlich ist Gambetta abwesend und wird erst am Tage vor dem Zusammentritt der Kammern im Palais Bourbon erwartet, aber seine näheren Freunde versichern, daß er das Kabinet für „unhaltbar“ erachte, jedoch den Wunsch hege und dahin wirken werde, daß nur der Konseil-Präsident Waddington, der Finanzminister Leon Say und der Minister des Innern Lepere ersetzt werden. Letzterer, obgleich er zur fortschrittlichen Linken gehört, hat den auf ihn gesetzten Erwartungen nicht entsprochen, und soll Herr Brisson sein Nachfolger werden, vorausgesetzt, daß sich für das Portefeuille der Finanzen eine andere geeignete Persönlichkeit findet. Als künftiger Konseil-Präsident werden der Bautenminister von Freycinet, der Justizminister Le Royer genannt; letzterer gilt als der Kandidat des Präsidenten der Republik, ersterer als der Kandidat des Präsidenten der Kammer. Was das auswärtige Amt anbetrifft, so ist wiederum von dem bereits früher erwähnten Projekte eines Wechsels zwischen Herrn Waddington und dem Grafen von St. Vallier die Rede. Dem Letzteren wird auffallender Weise heute von radikalen Blättern das Zeugniß ausgestellt, daß er sich aufrichtig der Republik angeschlossen habe. Sogar die „Laterne“ bringt heute ein solches Zeugniß für den Botschafter Frankreichs in Berlin.

## Provinzielles.

**Stettin**, 14. Mai. Die diesjährige General-Versammlung des „pommerschen Forstvereins“ findet vom 24. bis 26. Juni in Stubbenkammer auf Rügen statt. Berathungsgegenstände sind: 1) Mittheilungen über die Ergebnisse des Forstwirthschaftsbetriebes, Holzabsatz-Verhältnisse, Kulturen, Insekten- und Waldmäuseschaden, über etwaige die Forstwirthschaft berührende Erfindungen. 2) Ueber die zweckmäßigste Art und Weise der Aufforstung von absolutem Waldboden der pommerschen Höhe. 3) Welche Maßregeln kann der Forstwirth anwenden, um die schädlichen Einwirkungen der Spätfröste auf Saat- und Pflanzkämpe, sowie auf Bestandsanlagen zu verhüten resp. zu mildern? 4) Läßt sich die niedere Jagd in den pommerschen Forsten heben, eventuell welche Maßregeln sind zu diesem Zwecke zu ergreifen?

— Gestern Morgen wurde in der Nähe des Königsthors an den früheren Wällen die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts in Wachstuch eingewickelt aufgefunden.

— Gestern Nachmittag erschoß sich auf der Feldmark von Neu-Torney der Rentier Eduard von Dewitz aus Stargard, zuletzt hierselbst Turnerstraße 5 wohnhaft, mit einem fünfläufigen Revolver. Durch den Schuß wurde der Mund vollständig zerrissen und die Halsorgane zerstört, so daß der Tod sofort erfolgte. Die Motive zur That sind eine längere Krankheit des v. Dewitz, von welcher er nicht mehr glaubte geheilt zu werden.

— Ein in weitesten Kreisen bekannter Beamter, der Königliche Kreisgerichtsrath Hermann von Hückstaedt, ist gestern nach langem Leiden gestorben.

— Seit gestern ist auch in der Louisenstraße mit dem Bau der Pferdebahn begonnen worden.

— In der Zeit vom 4. bis 10. d. Mts. sind hierselbst 22 männliche, 18 weibliche Personen, in Summa 40 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 24 Kinder unter 5, und 7 Personen über 50 Jahre.

**Cammin**, 13. Mai. Bei dem großen Sturme am Sonnabend wurde gegen Abend eine holländische Bark in der Nähe von West-Dievenow auf den Strand gesetzt. Dem Kapitän ist ein Bein bei dem Unglücke gebrochen. Bis heute Nachmittag ist das Schiff noch nicht wieder flott geworden.

**Greifswald**, 13. Mai. Mit der diesjährigen in Stralsund stattfindenden Industrie-Ausstellung wird eine Ausstellung von Kunst- und Alterthumsgegenständen verknüpft sein. Für Greifswald sind der Bürgermeister Helfritz und Justizrath von Vahl in das Comité kooptirt. Bei dieser Gelegenheit kommen nun doch noch die umfangreichen Vorarbeiten, die s. Z. für die hier geplante besondere Ausstellung gemacht waren, zur Geltung. Die Ausstellung verspricht übrigens eine ganz außerordentlich reichhaltige zu werden.

**Wolgast**, 11. Mai. Zu Ende der vergangenen Woche hat der Fischkieper aus Lassan im diesseitigen Revier einen für unsere Fischer recht unliebsamen Fang gemacht, den letzteren nämlich eine große Menge unvorschriftsmäßiger Treibnetze fortgenommen. Abgesehen von dem empfindlichen Schaden durch den Verlust der Netze, von denen das Stück an 30 Mark kosten soll, wird noch ein anderer Schaden durch die bevorstehende gesetzliche Geldstrafe eintreten.

**Barth**, 10. Mai. Auf die Eingabe 72 hiesiger fahrender Schiffer, betreffend die Zusammensetzung der Seeämter, ist Seitens des Reichskanzleramtes (wie auf die des Stettiner Vereins) ein ablehnender Bescheid erfolgt. Man möchte sich indessen bei diesem Bescheide nicht beruhigen, sondern — vielleicht im Spätherbste — nochmals in demselben Sinne vorstellig werden. Es dürfte sich dann empfehlen, den Versuch zu machen, durch Beispiele, welche bis dahin gesammelt werden müßten, die Unzuträglichkeit der jetzigen Zusammensetzung der Seeämter nachzuweisen.

## Vermischtes.

**Berlin.** Ein scheußliches Verbrechen allarmirt so eben unsere Stadt. Die Arbeiter Friedrich'schen Eheleute haben im Hause Memelerstraße 62 eine Wohnung im ersten Stock des Quergebäudes inne, ihre kleine Tochter Anna, 5 Jahre alt, war Montag Nachmittag wohl und munter zum Spielen auf die Straße gegangen. Das Kind kam nicht zurück, die geängsteten Eltern machten vom Vermissen des Kindes der Polizei gegen 7 Uhr Abends Mittheilung, doch leider wurde das Kind nicht gefunden. Am Dienstag früh gegen 8 Uhr, als Bewohner des Hauses den Vorkeller betraten, lag das arme Kind erwürgt und in bestialischer Weise geschändet da. — Sofort wurde unsere Kriminalbehörde benachrichtigt und es eilten selbst der Direktor des Kriminalgerichts, Stadtgerichts-Direktor Bachmann, der Staatsanwalt Tessendorf, die Untersuchungsrichter Johl und Hollmann, der Medizinalrath Dr Wolff, der Chef der Kriminal-Polizei Graf Pückler und der Kriminal-Kommissarius Weien sofort an den Ort der That und nahmen den Thatbestand auf. — Es stellte sich heraus, daß anscheinend ein Arbeiter, etwa 30 Jahre alt, in graublauem Rock, schwarzen kleinen Hut, rothen Bart tragend, untersetzter Statur, allem Anscheine nach das Kind durch Bonbons an sich gelockt, die er in der Nachbarschaft vor der Zeit des Mordes gekauft hatte; auf diesen fällt der Verdacht des Mordes und es wird eifrig auf ihn gefahndet.

— Ein bedeutender Postdiebstahl wurde in Wien während der Nacht zum jüngsten Sonntag verübt. Aus dem Postpackwagen, welcher die Geld- und Frachtenpost-Sendungen enthielt und in der erwähnten Nacht kurz nach 12 Uhr vom Central-Postamte nach dem Südbahnhofe fuhr, kamen die Geldbeutel auf bisher unaufgeklärte Weise abhanden. Dieselben enthielten 35 Geldsendungen und fünf, von den Stationen Währing, Fünfhaus, Döbling, Hernals und Franz-Josef-Bahn in der Abendstunde des 10. d. dem Central-Postamte überschickte, mit amtlichen Siegeln versehene kleinere Postbeutel. Der Werth der abhanden gekommenen Geldsendungen wurde anfangs auf 100,000 Gulden angegeben, doch ergaben die im Laufe des Sonntags Vormittags angestellten Recherchen, daß der deklarirte Werth 40,000 Gulden nicht übersteigt. Von dem Thäter ist bisher noch keine Spur. Der Postwagen wurde in der Hauptpost nach Vorschrift geschlossen und vom Postbeamten auf dem Südbahnhof geschlossen gefunden.

— Aus Petersburg wird geschrieben: Der Dienst der Hausknechte hat mehr als zehntausend Leuten Arbeit verschafft und eine Menge Arbeiter, die in die Residenz gekommen waren, um in verschiedene Genossenschaften zu Spezialarbeiten einzutreten, nehmen jetzt die Stellung von Hausknechten ein. In den entfernteren Theilen der Stadt konnte man Weiber, Kinder, ja die Hausbesitzer selbst an den Thoren sitzen sehen. Da viele Leute ein Haus nur für ihre Familie miethen und nur einen Dienstboten halten, so mußten sie, im Fall dieser nicht den Wachtdienst ausführen konnte, ihn selbst vertreten. Uebrigens hat die Erfahrung viele von der Nothwendigkeit überzeugt, die betr. Dienerschaft zu vergrößern, da die Polizei eine Anzahl von Protokollen wegen Nichtbefolgung der neuen Vorschriften aufgenommen.

Ueber ein neues Attentat erzählen Petersburger Blätter Folgendes: „Vor Kurzem erhielt der daselbst am Leschtukow-Perenlok im Hause Nr. 15 wohnende Kaufmann Pawel Fufajeff ein mit „Revolutions-Comité unterzeichnetes Schreiben, in welchem von Fufajeff ein Betrag vom 40,000 Rubel „für die Zwecke der geheimen nationalen Regierung“ verlangt wurden und der Kaufmann aufgefordert wurde, diese Summe bis längstens 2. Mai auf einem bestimmten Orte zu hinterlegen. Im entgegengesetzten Falle wurde Fufajeff mit dem Tode gedroht. Bis zum 2. Mai war Fufajeff unschlüssig, ob er das Lösegeld zahlen oder den anonymen Brief bei der Polizei hinterlegen solle. Um 10 Uhr früh des 2. Mai ging Fufajeff aus und erst draußen entschloß er sich dahin, bei der Polizei Rath und Hülfe zu suchen. Kaum aber war er in der Nähe des Polizeihauses angelangt, als er über den Kopf mit einer eisernen Stange einen heftigen Schlag erhielt und besinnungslos zusammenstürzte. Der Attentäter und mit ihm 40,000 Rubel, die Fufajeff bei sich trug, sind spurlos verschwunden und konnte der Verbrecher, der unzweifelhaft ein Abgesandter des „Revolutions-Comités gewesen, bis heute nicht eruirt werden. Der Zustand des Verletzten ist besorgnißerregend.“

— Ein viel bewegtes Leben. Am 16. April brachte sich in Odessa in Gegenwart mehrerer Gäste im Gasthause „St. Petersburg“ die Schriftstellerin Frau L. A. Paschkow mit einem Revolver einen Schuß in der Brust bei. Einer der Anwesenden hatte die Absicht der Selbstmörderin früher bemerkt und durch einen Schlag ihr die Waffe aus der Hand schlagen wollen. Dieses war ihm allerdings nicht gelungen, doch hatte die Kugel infolge des Schlages eine solche Richtung genommen, daß die Aerzte das Leben der Verwundeten zu erhalten hoffen. Das Leben der Frau L. Paschkow ist ein abenteuerliches gewesen und bietet viel Interessantes dar. Der Korrespondent des „Golos“ bringt darüber Folgendes:

Lydia Paschkow nennt Moskau ihre Geburtsstadt. Ihr Vater, ein Edelmann alten Schlages, stammte aus einem tatarischen Fürstengeschlecht. In Folge unglücklicher Verhältnisse war ihre Mutter genöthigt gewesen, Schauspielerin zu werden, hatte jedoch bald die Bühne verlassen und sich verheirathet. Lydia Paschkow hatte von ihrem Vater einen herrischen Charakter geerbt und eine fast männliche Erziehung erhalten. Bis zu ihrem 12. Jahre trug sie Knabenkleider, ritt und gab sich mit Leidenschaft dem Vergnügen der Jagd hin. Früh verlor sie durch den Tod ihre Eltern und wurde von ihrem Vormunde verheirathet. Mit dem 19. Jahre war sie bereits von ihrem ersten Manne geschieden. Um diese Ze[illegible] versammelten sich in ihrem Salon die ersten literarischen Größen Rußlands. Bald heirathete sie [illegible] zum zweiten Male und zog mit ihrem Manne in [illegible], wo sie ein ganzes Jahr in tiefer Einsamk[illegible] den Hüttenwerken verlebte. Als ihr zweiter Mann, Paschkow, zum diplomatischen Agenten in Egypten ernannt wurde, folgte sie demselben dahin und spielte bald in der dortigen europäischen Kolonie eine hervorragende Rolle. Auf dem ersten Ball, den sie mitmachte, erregte ihre Schönheit in dem Grade die Aufmerksamkeit des Khedive, daß dieser sie und ihren Mann aufforderte, mit ihm an einem Tisch zu speisen. Das war eine Auszeichnung, wie eine solche noch Keinem vorher zu Theil geworden war. Frau Paschkow in ihrer Lust nach Abenteuern erschien jedoch bald das Leben in Egypten langweilig. Sie verließ den Hof des Khedive, bereiste den Orient und besuchte Jaffa, Jerusalem, Damascus und andere Städte der Levante. Das Leben in den Einöden hatte der Frau Paschkow in dem Maße gefallen, daß sie zum zweiten Male nach Palästina reiste und darauf die Ruinen von Palmyra besuchte. Von dort begab sie sich nach Rom und Neapel, von wo aus sie abermals einen längeren Ausflug nach dem Libanon machte. Den Winter verbrachte Lydia Paschkow in Mentone. Dort beschäftigte sie sich viel mit Malerei und Literatur und verfaßte eine ganze Reihe von Novellen unter dem Titel: „Erlebnisse im Orient“ und einen großen Roman „Israélite“. Bereits früher hatte sie sich durch den Roman „Die Fürstin Wera Glinskaja“ einen guten Namen gemacht. Von Mentone aus unternahm sie 1877 eine Reise um die Welt, besuchte Brasilien, Japan, China und Egypten und kam über Konstantinopel 1878 nach Odessa. Von ihrem Mann und allen ihren nächsten Verwandten verlassen, war die Frau, welche früher über Millionen gebot, in der letzten Zeit vollkommen mittellos. Das trieb sie zum Selbstmorde.

— Im Frühling 1878 zeigte sich in einigen schottischen Flüssen eine eigenthümliche Krankheit unter den Fischen, der besonders Tausende von Lachsen zum Opfer fielen; wie mitgetheilt wird, ist dieselbe Krankheit auch in diesem Jahre erschienen und richtet unter den Lachsen, namentlich im Tweedflusse, große Verheerungen an. Die Ursache der Krankheit oder vielmehr die Krankheit selbst ist ein Pilzgebilde von überraschend schnellem Wachsthum, welches meistens am Kopfe des Fisches zuerst sich zeigt und von dort aus nach verschiedenen anderen Stellen des Körpers ausbreitet. Das Vorhandensein dieses Gebildes an sich ist zwar den Fischen nicht gefährlich, aber es verursacht einen so empfindlichen Hautreiz, daß die Thiere bestrebt sind, durch heftiges Reiben an scharfkantigen Steinen, Holz 2c. sich des Pilzes zu entledigen, und sich hierbei Verwundungen zuziehen, an denen sie in kurzer Zeit zu Grunde gehen; denn da das Uebel zur Laichzeit herrscht, so sind die betroffenen Fische nur schwach und wenig im Stande, die Folgen der Verwundung zu überwinden. Wenn sie sofort in das Meer zurückschwömmen, könnten sie vielleicht wieder gesunden, da das Salzwasser die Pilze tödtet. Man glaubt in dem verunreinigten Wasser der Flüsse die Ursache dieser gefährlichen Pilzbildung entdeckt zu haben, da es bekannt ist, daß gewisse Chemikalien wahrhaft pilzerzeugend wirken. Die hier in Betracht kommende Verunreinigung stammt jedoch nicht allein aus Fabrikabgängen und dergleichen, sondern mehr noch aus dem durch schmelzenden Schnee und heftige Regengüsse von den Feldern herunter geführten künstlichen Dünger und aus der Frühjahrswäsche zahlreicher Schafheerden.

— Bei einer Pariser Gerichtsverhandlung entwickelte sich folgender Dialog ab: Präsident: „Werden Sie uns wohl sagen, Angeklagter, was Sie bewogen hat, den Kläger — einen rechtschaffenen Mann, der Sie nie beleidigt hat, auf offener Straße anzufallen und ihn so zuzurichten, daß er vier Wochen lang bettlägerig war?“ Angeklagter: „Ich bin ein Ausländer.“ Präsident: „Das soll doch nicht etwa eine Entschuldigung sein?“ Angeklagter: „Doch, Herr Präsident. Wie konnte ich als Ausländer wissen, daß die Franzosen so empfindlich sind?“

— Ein Kinderwort. „Nun, mein Liebling, wie gefällt Dirs in der Schule?“ — Gut, Mama. — „Und was thust Du denn dort den ganzen Tag über?“ — Ich warte, bis man mich abholt, Mamachen.

## Literarisches.

**Nord-Amerika**, seine Städte und Naturwunder, sein Land und seine Leute von Ernst von Hesse-Wartegg. Verlag von Gustav Weigel, Leipzig.

Von diesem interessanten, umfangreichen Werke, welches durch werthvolle Beiträge aus bewährten Federn, wie diejenigen Bret-Harte's, Bayard Taylor's, Udo Brachvogels, Theodor Kirchhoff's u. A. vortheilhaft bereichert und mit zahlreichen, trefflichen Holzschnitten illustrirt ist, liegt heute der zweite Band (Preis 7 M.) vor uns. Wir haben seinerzeit schon bei Erscheinen des ersten Bandes diesen unseren Lesern wärmstens empfohlen. Es glückt dem Verfasser auf's beste, dem Leser, der sich seiner Führung durch die in jugendlicher Ueppigkeit und Blüthe stehenden Länder des Riesen-Kontinents anvertraut, ein beschauliches und überzeugendes Gesammtbild vor Augen zu führen und ihn auch keinen Augenblick reisemüde und uninteressirt werden zu lassen. In dieser Weise begleitet man den vielgereisten Feuilletonisten mit Vergnügen durch das Ohiogebiet, mit abwechselnder Benutzung der Wasser- und Landstraßen, nach Kentucky, Illinois, alsdann weiter durch die Mississippi-Länder und Gebiete, durch die unendlichen Prairien von Kansas, Nebraska, in die Felsengebirge (Rocky mountains), nach der Goldregion Idaho, nach Arkansas und nach den wunderbaren heißen Sprudel- und Riesengeysern des Yellowstoneparks, verweilt unterwegs in steter Spannung und mit vielem Interesse an den, wie durch Zauber in kürzester Zeit entstandenen Riesenstädten u. A. Cincinnati, St. Louis, Chicago, „der Königin der Seen“, in der nicht weniger als 41 Eisenbahnlinien münden, oder an den noch in jungfräulicher Ursprünglichkeit prangenden Glanzpunkten der Natur. Man folgt ihm auch mit Behagen bei seinen Besuchen in die Wohnungen der Bewohner oder in die Staats- und Privat-Institute des Landes und sieht an seinem geistigen Auge die buntesten, großartigsten und auch wieder anmuthigsten Landschaften vorüberziehen. Wir dürfen E. v. Hesse-Wartegg's Nord-Amerika als eine mustergültige Bereicherung unserer Reise- und Völkerkunde-Literatur betrachten, es hat durch seine textlichen wie bildlichen Vorzüge vollen Anspruch auf den Namen eines Prachtwerkes. [73]

## Telegraphische Depeschen.

**Schwerin**, 13. Mai. Der Großfürst Michael ist mit seiner Gemahlin und seinem ältesten Sohne, Großfürsten Nikolaus, zum Besuche des großherzoglichen Hofes hier eingetroffen.

**Darmstadt**, 13. Mai. Wie der „Darmstädter Zeitung“ telegraphirt wird, hat der Kaiser von Rußland den Prinzen von Battenberg zum Generalmajor und zum Chef des 13. Jägerbataillons, bei welchem der Prinz den Donauübergang mitmachte, ernannt.

**Augsburg**, 13. Mai. Der hiesige Magistrat hat, wie die „Allgemeine Zeitung“ meldet, beschlossen, auf die Einladung des Berliner Magistrates zur Theilnahme an dem Städtetage folgende Antwort zu ertheilen: „Unter verbindlichem Danke für die Einladung beehren wir uns mitzutheilen, daß wir von einer Beschickung der für den 17. d. M. nach Berlin berufenen Versammlung Umgang zu nehmen beschlossen haben, weil wir die von Ihnen signalisirte Gefahr einer Vertheuerung der unentbehrlichsten Lebensmittel nicht in der Zolltarifvorlage finden und daher auch die als Zweck der erwähnten Versammlung in Aussicht genommene Demonstration gegen die Zolltarifvorlage nicht als motivirt erachten können. Wir sind zwar nicht weniger als andere Stadtbehörden der Pflicht, die Bevölkerung vor drohender Gefahr zu schützen, eingedenk, aber nach unserer Ueberzeugung sind die in der Tarifvorlage proponirten Viehzölle und der Zoll von 50 Pfennig auf den Centner Getreide nicht gefährlich, es verdient vielmehr die Tarifvorlage weit eher eine beifällige, als eine abfällige Kritik.“

**Wien**, 13. Mai. Die „Politische Korresp.“ meldet:

Aus Petersburg: Der „Konstantin“ holt die bulgarische Deputation zur Begrüßung des Prinzen von Battenberg von Varna ab und dürfte dieselbe am 15. d. M. in Livadia eintreffen. Der neue Fürst reist am 18. Mai nach Wien und tritt von dort aus seine Rundreise nach Berlin, Paris, London und Rom an. Von Rom begiebt sich der Fürst nach Konstantinopel zur Investitur, betritt in Varna den Boden Bulgariens, leistet in Tirnowa den Eid und nimmt in Sofia seine bleibende Residenz.

**Bern**, 13. Mai. Der zwischen dem Unternehmer des Gotthardbahn-Tunnels, Favre, und der Direktion der Gotthardbahn abgeschlossene Nachtragsvertrag zur Erledigung der hervorgetretenen Differenzen wurde von dem Verwaltungsrath der Gotthardbahn und dem Bundesrathe ratifizirt und ist somit in Kraft getreten.

**Paris**, 13. Mai. Die in dem Kabinette hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Organisation der Polizeipräfektur und der Zurückverlegung der Kammern nach Paris sind dem „Temps“ zufolge beigelegt und würde das Kabinet ohne jegliche Modifikation vor die Kammern treten. Falls in dieser Angelegenheit eine Interpellation eingebracht werden solle, würde seitens der Regierung die Erklärung abgegeben werden, daß die Angelegenheit bezüglich der Organisation der Polizeipräfektur vollkommen unabhängig sei von der Frage wegen der Rückkehr der Kammern nach Paris. Sollten seitens des linken Centrums in dieser Hinsicht Garantien verlangt werden, so würde das Kabinet betonen, daß es solche Garantien hinlänglich durch seine gegenwärtige Zusammensetzung, durch seine frühere Haltung und durch sein Programm biete; außerdem würde das Kabinet ein Vertrauensvotum bezüglich dieser Frage verlangen.

**London**, 13. Mai. Unterhaus. Unterstaats-Sekretär Bourke erwiderte auf eine Anfrage Jenkins', die Idee einer gemeinsamen Aktion Englands und Frankreichs bezüglich der egyptischen Angelegenheiten sei nicht aufgegeben worden.

Dilwyn beantragte eine Resolution, in welcher ausgesprocheen werden solle, daß die wachsenden Mißbräuche der Prärogative und des Einflusses der Minister eine striktere Beobachtung der der Prärogative gesetzten Schranken erheischen.

**Madrid**, 13. Mai. Das Kabinet berieth gestern über die von einigen nordeuropäischen Mächten eingegangenen Schreiben bezüglich der Maßregeln zur Unterdrückung der sozialistischen Bewegung. Es wurde indessen noch keine Entscheidung getroffen.

**Stockholm**, 13. Mai. Die Kammern genehmigten in gemeinsamer Sitzung mit 208 gegen 119 Stimmen den Eisenbahnhypothekenfond im Betrage von 23 Millionen und beschlossen mit 202 gegen 125 Stimmen den Ankauf der Hallsberg-Mjölbyer Eisenbahn durch den Staat.